

Volkstimme

Geschäftsstelle: Danzig, Am Soebdansk 6, Bernsdorfsplatz der Geschäftsleitung 287 08. Schriftleitung 215 60. Preis monatlich 3.- G. wöchentl. 0,75 G.; in Deutschland 2,50 Goldmark; durch die Post 3.- G. monatlich für Kommerellen 5.- G. Anzeigen: 1 mm 0,16 G.; Reklamen: 1 mm 0,30 G.; in Deutschland 0,16 u. 0,30 Goldmark. - Abonnements u. Inseratenanträge in Polen nach dem Danz. Tagesturz

27. Jahrgang

Freitag, den 28. Februar 1936

Nr. 50

Der Gefahrenherd in Fernen Osten

Vor einer Militär-Diktatur?

Die französische Kammer stimmt dem Russenpakt zu

Englands Verteidigungsausschuss

Ein Staatsgericht in Polen

Der Konflikt bei der Eisenbahn

Vor einer Militärdiktatur in Japan? - Führende Armeekreise treten hervor

Der Gefahrenherd im Fernen Osten

Durch die außerordentlich strenge Zensur in Japan hat die Nachrichten mehr als je zuvor und gehalten keinen ständigen Nebenblick über die Lage. Nur eins scheint aus diesen Meldungen klar hervorzugehen: Hinter den Putzschiffen, den jungen Offizieren, stehen nicht nur kleinere Behebungsstelle nationalistische Verbände, vielmehr angesehenen die Führer des Militärs. Hohe Generale des aktiven Heeres haben Verhandlungen mit den Putzschiffen aufgenommen. Man spricht bereits von einer Militärdiktatur des früheren Kriegsministers Araki, der sich mit den Putzschiffen solidarisiert. Nach dem Einfluß zu schließen, den die militärischen Kreise auf die Außenpolitik tatsächlich haben, und nach der Ausdehnung der Verbindung zwischen jungen Offizieren und führenden Generalen kann kaum ein Zweifel bestehen, daß eine neue zu bildende Regierung weitgehend mißliebend unter dem außenpolitischen Einfluß der radikalen nationalistischen Elemente stehen wird, trotz deren Niederlage in der Wahl.

Die Ereignisse vom 28. Februar stellen eine neue Gruppe in der Entwicklung der inneren Kämpfe der japanischen Machtklassen dar, ebenso, wie sie wahrscheinlich eine entscheidende Wendung in der Gesamtsituation im Fernen Osten bringen werden. Japan, das sich - und gerade die Militärs - wehren dieses Geistes - als Hüter der Ordnung in Ostasien betrachtet, zeigt bei diesem Putzschiff im Innern ein Bild schärfster Gewalttätigkeit, und nach außen bedeutet es nach den Ereignissen die Saute am Pulverfaß. Diese Tatsache ist für die weitere Entwicklung der Ereignisse von außerordentlicher Bedeutung und von entscheidendem Einfluß auf die Weltpolitik, auf die Haltung der großen Mächte, die wesentlichen Interessen im Fernen Osten haben. Mit dem 28. Februar hat diese Interessen aus Spiel gestellt.

Schlagartig ist der Gegenlag in den japanischen Kreisen selbst durch die Ereignisse beleuchtet worden, und mit zunehmender Schärfe werden sich die Rückwirkungen in Europa und darüber hinaus zeigen. Und je schärfer sich die Situation zeigt, um so unklarer werden die Verhältnisse, um so schwieriger und komplizierter die Situation. Für die Staaten, die friedlich zu leben gewillt sind und Streitfälle auf friedlichem Wege aus der Welt schaffen wollen, türmen sich neue Schwierigkeiten von ungeahntem Ausmaß auf, wenn der Putzschiff auch nur so weit gelangt, wie die Generale den Ruf aus der Aktion der jungen Offiziere stellen wollen. Für die Staaten aber, die von jenen Friedliebenden als Ausgangspunkt der Unruhe betrachtet werden, ist vielleicht der Militärschiff von Tokio ein Alarm zu höherer Bereitschaft.

Alles noch unklar

Die ungeläutete Lage in Japan findet weiterhin die ungeteilte Aufmerksamkeit nicht nur der englischen Öffentlichkeit, sondern auch der Londoner Amtsstellen.

Während die der Zensur unterliegenden unmittelbaren Nachrichten aus Tokio besagen, daß die Stadt wieder ruhig sei, erklären aber Dairin einlaufende Meldungen, die Lage sei von einer endgültigen Regelung weit entfernt, zumal auf der Todesliste der „Armeepatrioten“ noch eine Reihe weiterer Staatsmänner stehe.

Jugend welche besonderen Maßnahmen gegen die Putzschiffe, die auch jetzt noch regelmäßig ihre Verpflegung erhalten, seien, wobei man sehen kann, nicht getroffen worden. Eine weitere Meldung besagt, daß die Beamten des Innenministeriums zur Wiederaufnahme ihrer Arbeit aufgefordert worden seien, da die Putzschiffe das Gebäude verlassen hätten. Donnerstag früh um 6 Uhr hatten die Mitglieder des geschäftsführenden Kabinetts Goto, die trotz ihres Rücktrittsgebetes gebeten wurden, vorläufig im Amt zu bleiben, eine Besprechung mit den Mitgliedern des Obersten Kriegsrates, an die sich eine Ansprache mit den Vertretern des Kriegsministeriums und des Generalstabes über die Abwehrmaßnahmen angeschlossen. Auch der Kaiser von Japan hatte im Laufe des Tages mehrere Besprechungen über die Lage. General Araki, der zum Militär-gouverneur von Tokio ernannt worden ist, veröffentlichte einen Aufruf, in dem er die Bevölkerung auffordert, bei der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung mitzuwirken und den unzulässigen Gerüchten keine Aufmerksamkeit zu schenken. In dem Aufruf heißt es, dem „Evening Standard“ zufolge, der Grund für die Verhängung des Kriegsrechts sei die Notwendigkeit, Schutzmaßnahmen gegen die „Roten“ zu treffen. Das Kriegsrecht sieht u. a. eine scharfe Zensur für alle Nachrichten aus Japan vor.

Die diplomatischen Vertreter der in Tokio beglaubigten Mächte sprachen am Donnerstag im japanischen Außenministerium. Am vor, um ihr Beileid zum Tode der japanischen Staatsmänner auszubringen.

Am Stelle des bisherigen Finanzministers Takahashi, der seinen Verlesungen erlegen ist, ist Kaschida zum vorläufigen Finanzminister ernannt worden.

Verhandlungen mit den Putzschiffen

Wie von zuverlässiger Stelle verlautete, haben die Generale Araki, Abe und Kishi, die Mitglieder des Obersten Kriegsrates sind, die Führer der Putzschiffe eingeladen, um 20 Uhr nach dem Militärklub zu kommen. Sie haben ihnen nahegelegt, bis Freitag 8 Uhr in ihre Kasernen zurückzukehren und sich dann ihren Vorgesetzten zu stellen.

Die jüngeren Brüder des Kaisers, die Prinzen Tschichibu und Takamatsu, sowie die Prinzen Wata, Higashimura und Kaschimoto, die sämtlich hohe militärische Ämter bekleiden, hatten im Palast Besprechungen mit hervorragenden Staatsmännern.

In Tokio nimmt das Leben wieder seinen gewohnten Gang. Die Bewachung der Regierungsgebäude durch Militär ist in den Morgenstunden wieder aufgehoben worden. Die Plätze, die am Mittwoch abgesperrt worden waren, sind dem Publikum wieder zugänglich gemacht worden. Der neue Stadtkommandant hat das Eintreffen von Verstärkungen aus benachbarten Städten angekündigt und erklärt, daß das Kriegsrecht in aller Strenge angewendet werden würde, obwohl - wie gleichzeitig betont wird - keine Veränderung der Lage eingetreten sei und überall Ruhe herrsche.

Die Lage sehr kritisch

Aus Tokio wird heute früh gemeldet, daß den Umständen, die sich bisher gezeigt haben, die von ihnen besetzten Gebäude zu räumen, bis Freitag mittag Zeit gegeben worden sei, sich zu ergeben. Die kaiserliche Garde habe alle Maßnahmen getroffen, um die Aufständischen aus ihren Stellungen zu entfernen. Auf Befehl des Garnisonkommandanten ist der gesamte Verkehr in der Nähe des Hibida-Parkes, wo die meisten der besetzten Regierungsgebäude liegen, eingestellt worden.

Die Verhandlungen über die Bildung eines neuen japanischen Kabinetts sind nach den in London vorliegenden Berichten immer noch im Gange. Die englischen Blätter erwarten

allgemein, daß das neue Kabinett einen stark militärischen Einschlag erhalten werde und daß es bis zu einem gewissen Ausmaße die Politik der Militärputschisten widerspiegeln werde. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio, man halte es für möglich, daß der Gouverneur von Korea, General von Ogaki, zum Ministerpräsidenten ernannt werde.

Militärdiktatur Araki?

Neuer meldet aus Schanghai, nach einem bisher unbekannteren Bericht aus Tokio habe General Araki, der von 1931 bis 1934 japanischer Kriegsminister war, eine Militärdiktatur errichtet. Es sei unmöglich, eine Bestätigung dieses Gerüchtes zu erhalten, da alle Versuche, mit Tokio direkt in Verbindung zu treten, ergebnislos seien. Von Sonjettreibern in Schanghai werde mitgeteilt, sie hätten eine kurze Botschaft aus Tokio erhalten, daß die Lage wiederum sehr kritisch sei.

Chinesische Befürchtungen

Die Vorgänge in Japan finden in der chinesischen Öffentlichkeit größte Beachtung. Allgemein wird eine verhängnisvolle Rückwirkung auf die japanische Politik gegenüber China befürchtet. Die chinesische Presse weist darauf hin, daß der Putzschiff die Ankunft des neuen japanischen Botschafters Arita, dem hier großes Vertrauen entgegengebracht wird, zusammengefallen sei. Man bezeichnet es als äußerst irreal, ob die in Aussicht genommene japanisch-chinesischen Besprechungen in Nanjing unter den veränderten Umständen überhaupt stattfinden können.

Englischer Journalist verhaftet

Wie Neuer aus Tokio meldet, ist dort der englische Schriftsteller und Journalist Gerald Campbell verhaftet worden. Seine Verhaftung erfolgte unter dem zur Zeit in Tokio verhängten Kriegsrecht. Er wird beschuldigt, unter den Gästen seines Hotels Propaganda gegen die Verhängung des Kriegsrechtes gemacht zu haben.

Die Kammer genehmigt den Russenpakt

Beschleunigung im Senat - Endgültige Annahme noch vor den Wahlen

Die französische Kammer hat sich gestern mit 353 gegen 164 Stimmen für die Ratifizierung des französisch-sowjetrussischen Paktes ausgesprochen.

Die Kammer trat gestern Nachmittag zur Abstimmung über die Ratifizierung des französisch-russischen Paktes zusammen. Es sprachen zunächst die Abgeordneten der Rechten Ambien de Glos und Genriot, die sich gegen den Pakt wandten. Hierbei kam es zu Gegenüberstellungen der kommunistischen Abgeordneten, so daß der Kammerpräsident sich genötigt sah, die Sitzung zu unterbrechen.

Nach der Sitzungspause legten Redner der Linken die Gründe dar, die sie veranlassen, für die Ratifizierung zu stimmen.

Der radikalsozialistische Abg. Pierre Cot äußerte sich in diesem Zusammenhang vor allem über die Schlagkraft der Roten Armee und ihrer Luftstreitkräfte. Er führte sich dabei auf einen eingehenden Bericht einer französischen Offiziersabordnung, die an den letzten Luftmanövern in Sowjetrußland teilgenommen hat. Keine Luftarmee der Welt, so jagte er, könne z. B. so viel Kriegsmaterial beschaffen, wie die sowjetrussische. Sie habe bei den letzten Manövern gezeigt, daß Panzer, Kampfwagen, Maschinengewehre und anderes Kriegsmaterial in ausreichendem Umfang von Flugzeugen befördert werden könnten. Er glaube an die Schlagkraft der Roten Armee, weil der französische Generalstab daran glaube.

Die Kammer beschloß darauf, die Aussprache zu erneuern, obwohl noch etwa 30 Redner auf der Liste standen. Es wurde zur Abstimmung über den einzigen Artikel des Ratifizierungsgesetzes geschritten, ohne daß die Regierung die Vertrauensfrage stellt hatte.

Wahlergebnisse

Am 18 Uhr wurde die Sitzung, die während der Abstimmung unterbrochen war, wieder aufgenommen.

Der Kammerpräsident teilte mit, daß eine namentliche Auszählung der Stimmen erforderlich sei. Der Ministerpräsident erklärte darauf, daß ein Wahlergebnis entstanden sei. Er habe eigentlich die Absicht gehabt, an der Abstimmung über den einzigen Artikel der Ratifizierungsvorlage die Vertrauensfrage zu stellen. Die Sitzung wurde darauf wieder unterbrochen, um die namentliche Auszählung der Stimmen vorzunehmen.

In den Wandelgängen der Kammer verlaute, daß vor der namentlichen Auszählung etwa 350 Abgeordnete für die Ratifizierung gestimmt hätten. Die Vertrauensfrage, von der der Ministerpräsident nachträglich gesprochen hat, gilt also als nicht gestellt. Die endgültige Freistellung des Abstimmungsergebnisses ergab das obige Resultat.

Noch vor den Wahlen

Außenminister Flandin wird bereits am Freitag die von der Kammer angenommene Gesetzesvorlage über die Ratifizierung des französisch-sowjetrussischen Paktes dem Senat überweisen. In diesem Zusammenhang wird der Außenminister den Vorsitzenden des auswärtigen Ausschusses, Senator Berenger, am Freitagvormittag im Quai d'Orsay empfangen. Der auswärtige Ausschuß des Senats selbst wird am Freitagnachmittag zusammenzutreten, um über das Ergehen des Außenministers, einen Bericht zu erstatten, zu beraten. Der Wunsch der Regierung geht dahin, daß über die Gesetzesvorlage noch vor den Wahlen endgültig abgestimmt werden soll.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Regierung im nächsten Ministerrat den Zeitpunkt der Wahlen auf den 19. und 26. April festlegen werde.

Politische Beurteilung

Die der polnischen Regierung nahestehende „Gazeta Polska“ schreibt zur Ratifizierung des französisch-sowjetrussischen Paktes durch die französische Kammer: Die Außenminister der französischen Republik Barthou und Laval haben schmerzlich in ihren Erklärungen festgestellt, daß der französisch-sowjetrussische Pakt in keiner Weise das polnisch-französische Bündnis berührt. Von polnischer Seite wurde bei diesen Gelegenheiten festgestellt, daß keine Verbindung zwischen dem französisch-sowjetrussischen Pakt und dem polnisch-französischen Bündnis besteht, und daß sich aus diesem Pakt keine neue Verpflichtung für Polen ergibt. Der Nichtangriffsvertrag vom Jahre 1892 und das Londoner Protokoll über die Begriffsbestimmung des Angriffs bleiben die Grundlagen der polnisch-sowjetrussischen Beziehungen.

Studentenabgebung in Paris verboten

Die für Sonnabend vorgesehene Kundgebung rechtsführender Studentenverbände im lateinischen Viertel ist vom Ministerpräsidenten verboten worden.

Ein polnischer Staatsgerichtshof

Aburteilung verfassungswidriger Handlungen

Die polnische Regierung hat einen Gesetzentwurf über die Errichtung eines Staatsgerichtshofs fertiggestellt. Vor diesem Staatsgerichtshof haben sich nach dem Gesetzentwurf die Minister, der Präsident der Obersten Kontrollkammer, die Senatoren und Abgeordneten zu verantworten, falls sie verfassungswidrige Handlungen begehen. Senatoren und Abgeordnete sollen zur Verantwortung gezogen werden, wenn ihre Handlungen im Widerspruch zur Treuepflicht gegenüber dem Staate stehen, falls sie das Verbot verletzen, Staatsgüter zu erwerben oder zu pachten, Regierungsleistungen zu übernehmen oder sich Konzessionen oder persönliche Vorteile von der Regierung verschaffen.

Das Verwaltungstribunal leitet der Erste Präsident des Obersten Gerichts als Vorsitzender. Außerdem gehören ihm sechs Berufsrichter und sechs richterliche Vertreter an, die der Staatspräsident aus der doppelten Zahl von Kandidaten bestimmt, die ihm von beiden Kammern des Parlaments in Vorschlag gebracht werden.

Rede reißt morgen

Der polnische Außenminister Bed beabsichtigt, am 20. Februar nach Brüssel abzureisen, wo sein Besuch vom 2. bis 5. März vorangeht. Mit Minister Bed, der von Frau Bed begleitet sein wird, reisen nach Brüssel der Kabinettschef des Außenministeriums, Graf Lubinski, der Handelsrat des Außenministeriums, Wislowski, und der persönliche Sekretär des Ministers, Stedlecki. Außerdem begibt sich der Finanzminister der polnischen Botschaft in Paris, Graf Wohl, nach Brüssel. Während des Aufenthalts des Ministers Bed erfolgt die Unterzeichnung des polnisch-belgischen Handelsvertrages.

Kritik im polnischen Senat

Der ehemalige Ministerpräsident Rozowski und der Staatshaushalt

Im Haushaltsausschuß des polnischen Senats ergriff am Mittwoch der ehemalige Ministerpräsident Professor Leon Rozowski das Generalreferat über den Staatshaushalt. Er kritisierte die ganze bisherige Aktion der Regierung, meinte aber, daß die gegenwärtige Verfassung nicht das Rechte sei, der Regierung das Misstrauensvotum auszusprechen. Früher habe die Abstimmung gegen den Haushalt den Mangel an Vertrauen für die Regierung bedeutet, jetzt aber stelle das Parlament nur die Einnahmen und Ausgaben fest. Er rechnete einen Selbstbetrag von 90 Millionen Loten heraus.

Ueber die Kartelle erklärte der Referent u. a. folgendes: Die Regierung hat den Kartellen den Kampf angeheißt, die Angelegenheit aber nicht verwirklicht. Die Preisfestsetzungen sind nicht bis zum Konsumenten gebracht, und die großen Kartelle sind ungeschlagen geblieben. Eine Reihe von Kartellen müßte aufgelöst werden und dann werden die Preise mehr sinken als unter dem Druck der preisnormierenden Bejahle.

Im Laufe der Diskussion sprachen sich fast alle Senatoren gegen das Referat aus. Der anwesende Finanzminister Rozowski nahm zu der Kritik des Generalreferenten überhaupt keine Stellung. Nach sehr langen Beratungen, die erst gegen 9 Uhr abends abgeschlossen waren, erging im Namen der Senatoren, die im Disziplinärausschuß der ehemaligen Teilnehmer an den Freiheitskämpfen vereinigt sind, Senator Sobrotowski das Wort und stellte den Antrag, das Generalreferat Rozowski nicht zur Kenntnis zu nehmen. Dieser Antrag bedeutet eine Art politische Bombe, da er in der Tat ein Misstrauensvotum gegen Rozowski bedeutet. Rozowski erklärte daraufhin, daß er sein Referat nachträglich mit den Wünschen des Ausschusses in Einklang bringen wolle.

Polnischer Staatshaushalt angenommen

Der polnische Sejm hat in seiner gestrigen Sitzung den Haushalts-Boranschlag für das Rechnungsjahr 1926/27 sowie das Finanzgesetz in dritter Lesung angenommen. Der Sejm nahm dazu noch eine Reihe von Resolutionen an, die nicht von grundlegender Bedeutung sind, bei denen es sich vielmehr um Sonderwünsche handelt.

Alle Waffengattungen zusammengefaßt

Wie England seine Verteidigungsmaßnahmen einleitet

Ministerpräsident Baldwin gab am Donnerstag im Unterhaus eine Erklärung über die seit langem erörterte Frage der Koordinierung oder Gleichschaltung der drei Hauptwaffengattungen ab. Danach hat die Regierung beschlossen, daß zwar der Ministerpräsident den Vorsitz des britischen Reichsverteidigungsausschusses beibehalten soll, daß aber ein Minister zum Bevollmächtigten Vorsitzenden dieses Ausschusses und der ihm angehörigen Unterausschüsse über Wehrpolitik und Wehrbedeutung ernannt werden soll, dem der Ministerpräsident folgende Aufgaben übertragen wird:

1. Die unangeforderte Ueberwachung der gesamten Armee und der Loyalität des Reichsverteidigungsausschusses im Auftrag des Ministerpräsidenten, die Uebermittlung der zur Durchführung bestimmten Maßnahmen und die monatliche Berichterstattung an den Ausschuss oder an irgendeinen von diesem ernannten Unterausschuss; Fernabschaltung von Redaktionen, die noch nicht aufgegeben worden sind oder zu langsam durchgeführt werden.
2. Bei Abwesenheit des Ministerpräsidenten Uebernahme der betreffenden Minister den Vorsitz des Reichsverteidigungsausschusses sowie der angehörigen Ausschüsse.
3. Eine weitere Aufgabe des Ministers wird die persönliche Führung der Verhandlungen mit den verschiedenen Staaten sein. Er erhält u. a. das Recht, den Ausschuss der Staatsbedeutung unter seinem Vorsitz einzuberufen, falls er dies für notwendig hält.
4. Ferner Uebernahme der Minister den Vorsitz des Hauptausschusses für den Offiziersdienst.
5. Der Bevollmächtigte Vorsitzende des Reichsverteidigungsausschusses wird die Pflicht haben, alle für die Verbesserung der Organisation dieses Ausschusses geeigneten Einrichtungen vorzuschlagen. Dem bereits bestehenden Ausschuss für den Entwurf gemeinsamer Pläne werden drei Mitglieder beigegeben werden, und zwar je einer von der Armee, der Marine und der Luftwaffe.

Der Name des zu diesem Zweck zusammenzubildenden Ausschusses wird in Kürze bekanntgegeben werden. Baldwin tritt bei dieser Gelegenheit mit, daß das Reichsamt über die englische Kriegsmarine am kommenden Mittwoch zur Verfügung stehen wird, und daß die Angelegenheiten darüber am Montag und Dienstag der folgenden Woche stattfinden soll.

Die Arbeiterpartei unterstützt die Regierung

Im Oberhaus fand am Donnerstagmorgen eine Anhörung über die Verhandlungen mit der belgischen Regierung statt, bei der die Arbeiterpartei ausdrücklich ihre Unterstützung für die Regierung erklärte, was die große Mehrheit der Arbeiterpartei bereits in England in einem Verleumdungsgesetz zu bestätigen, versprochen hat, das dieser Krieg im Hinblick auf die englischen Verhältnisse gemäß der Unterstützungslage ist. Die Arbeiterpartei ist mit anderen Worten ge-

willt, bestimmte Maßnahmen zur Unterstützung des Grundgesetzes der kollektiven Sicherheit zu treffen.

Für die Regierung sprach Luftfahrtminister Lord Swinton, der seiner Verteidigung darüber Ausdruck gab, daß die Opposition bereit sei, die Regierung bei der Befestigung der Mängel in der Landesverteidigung zu unterstützen, solange die Regierung ihrer Völkerbundspolitik treu bleibe.

Im übrigen machte Lord Swinton die gleichen Mitteilungen wie Baldwin im Unterhaus, wobei er auf die Notwendigkeit der Bereitschaft der Verwaltungsstellen für den Fall eines Krieges hinwies.

Der Geheimdienst wird vergrößert

Am Donnerstag wurden ebenfalls die ersten Voranschläge für das kommende Haushaltsjahr veröffentlicht. Es handelt sich um einen Gesamtbetrag von rd. 448 Mill. Pfund. Die Voranschläge für den englischen Geheimdienst sind um 180 000 Pfund auf 250 000 Pfund, also um fast 50 v. H., gestiegen.

Die Flieger arbeiten

Unstimmigkeiten im abessinischen Hauptquartier?

Zunächst des Kriegsbürochefs des I.R.: Seit dem großen Sieg über Ras Mulugheta herrscht an der gesamten Nordfront rege Kriegerätigkeit. Versprengte abessinische Truppen, die südwärts flüchten, werden ständig unter Feuer gehalten. An der Verfolgung beteiligen sich auch die Bewohner der Gegend südlich von Amba Aladi.

Aus Dessie flammende Gerüchte besagen, daß im abessinischen Hauptquartier Unstimmigkeiten herrschten. Der Negus soll angeblich die Forderung seiner Ratgeber und Heerführer, persönlich an die Front zu gehen, um das Kommando zu übernehmen, abgelehnt haben.

Mit der Niederlage Ras Mulughetas ist das militärische Sorgehen an der Nordfront zweifellos noch nicht abgeschlossen. Wie Ras Imru, Ras Seyoum und Ras Kassa den mittleren und den westlichen Teil der Nordfront halten werden, ist noch ungewiß.

Seeresbericht Nr. 137

Der italienische Seeresbericht Nr. 137 hat folgenden Wortlaut:

An der Ostküste der Somalifront und an der Somalifront entwickelt die Luftwaffe eine intensive Tätigkeit. Am Engpaß von Gaba an der Nordfront haben unsere Flieger trotz lebhafter Luftabwehr des Gegners abessinische Verteidigungswerke bombardiert. Eine Aufklärungsstaffel hat das Gebiet von Avergalle bis zum Zafan-Fluß durchflogen.

An der Somalifront hat die Luftwaffe die Erkundungstätigkeit bis nach Axero und Meqa ausgedehnt. Der Hauptling des Somalifrontes der Gerra, Gassan Gassaba, hat unteren politischen Behörden in Dolo seine Unterwerfung angezeigt. Der Stamm der Gerra, der das untere Tal des Dana Parma bewohnt, hatte bereits die italienische Herrschaft durch die Konvention von Zug (20. Dezember 1925) und durch die Abmachungen von Saucur (21. Februar 1926), die auf italienischer Seite von Vittorio Vollega unterzeichnet wurden, anerkannt.

Friedensvorschläge?

Der Kaiser von Abessinien hat die Gerüchte, wonach er Friedensvorschläge gemacht haben soll, als unzutreffend bezeichnet. Es habe niemand einen Auftrag erhalten, irgend welche Vorschläge zu machen.

Der französische Botschafter Chamberon

der am Mittwochnachmittag eine längere Unterredung mit Staatssekretär Suris hatte, ist am Donnerstagabend von Mussolini empfangen worden.

Katalanien wieder unabhängig

Einsetzung der Regierung Campans

Der ständige Ausschuss des spanischen Landtages hat mit den Stimmen der Vertreter sämtlicher Parteien, außer den Monarchisten, beschlossen, das katalanische Parlament zum Zusammentritt und zur Wahl seines Präsidenten sowie der neuen Regierung zu ermächtigen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die vor einigen Tagen aus dem Gefängnis entlassenen Mitglieder der autonomen katalanischen Regierung wieder an ihre alten Plätze zurückkehren, und Campans die Regierungsvorstöße übernehmen wird. Das anfangs des Oktoberjahres angekündigte katalanische Autonomie-Statut kann in seinem vollen Umfange jedoch erst nach Zusammentritt des Parlaments wieder in Kraft gesetzt werden. Mit dem letzten Beschluß des Ausschusses soll lediglich der Rücktritt der katalanischen Regierung eine gesetzliche Form gegeben werden.

Miloto soll operiert werden

Der Entzug des schwedischen Geheimnisses

Das I.R. meldet aus Moskau: Der aus Stockholm mit einem Passpasse nach Moskau geflohenen schwedischen Geheimrat hat am Donnerstag hier ein. Er soll eine Deklaration an den Generalsekretär des Zentralreferatskomitees der Komintern in Moskau vornehmen, der einen Unfall auf der Eisenbahn erlitten hat.

Wahrscheinlich früher Generalstaatsanwalt der Sowjetunion. Seit Juli 1925 amtierend er als Generalsekretär des Zentralreferatskomitees der Komintern. Sein Vorgänger auf diesem Posten war Lenin.

Genf: Botschafter deutscher Botschafter in Paris, Reichsminister Ritter hat den Botschafter in Madrid, Graf von Helldorf, zum Botschafter in Paris ernannt. Der neue deutsche Botschafter in Paris, Johannes Graf von Helldorf, war bereits vor dem Krieg in diplomatischen Diensten u. a. in Chile und Schweden tätig. Nach einem vorübergehenden Aufhalten aus dem Reichsdienst wurde er im Jahre 1923 Gesandter in Tadschik und im September 1925 Botschafter in Madrid, wo er bis jetzt die Funktionen des Reiches vertritt.

Verhandlungen des portugiesischen Bundesratskomitees. Der portugiesische Bundesratkomitee hat eine Verordnung erlassen, die den künftigen Reichsfinanzminister als obersten Richter ernannt. In Zukunft wird die Schlichtung der Streitigkeiten durch den Bundesratkomitee mit allen Angelegenheiten, welche sich auf die Beziehungen der portugiesischen Bundesstaaten betreffen, einschließlich der Abgrenzung der Bundesstaaten, eine Verordnung erlassen, nach der die künftigen Bundesstaaten durch neue Angelegenheiten ersetzt werden. Diese neuen Bundesstaaten sind zu bilden, die die künftigen Bundesstaaten sind unabhängig voneinander, die, ebenso wie im Falle der Gerichte, bei ihren Entscheidungen nur dem Gesetz unterworfen sind.

Einberufung zum Reichstag. Die Reichsversammlung des Reichstages wird die Einberufungen zum Reichstag beabsichtigt, frühestens 1926, höchstens zum April 1926 werden einberufen: Reichstagskommissionen, die in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1926 geboren sind, und die bei der Einberufung 1926, einschließlich 1 oder 2 Kinder haben; Reichstagskommissionen, die von ihrem Truggebühren zum 1. Oktober 1926 angenommen sind, und die ihrer Arbeitsfähigkeit noch nicht genügt haben.

Italien will Flottenpakt nicht unterzeichnen

Grund der Ablehnung: Sanktionen

In ihrer gestrigen Unterredung mit Außenminister Eden und der britischen Flottenabordnung hat die italienische Abordnung, Bresh Association zufolge, darauf hingewiesen, daß sie zur Zeit nicht bereit sei, einen Flottenvertrag zu unterzeichnen. In einer hierauf bezüglichen amtlichen Mitteilung wurden als Gründe für diese Haltung sowohl die technischen Schwierigkeiten, die sich auf die Größe der Schlachtschiffe und die Frage der Lücken zwischen Schlachtschiffen und Kreuzern beziehen, als auch die Schwierigkeiten in der Verfahrensfrage angeführt. Später fand eine Besprechung mit der französischen Abordnung statt, in der die Lage im Lichte der italienischen Haltung erörtert wurde.

Der italienische Botschafter Grandi sprach am Donnerstag nachmittag beim Außenminister Eden vor. An der Besprechung nahmen außer mehreren Mitgliedern der italienischen Flottenabordnung auch der Erste Lord der Admiralität sowie der Erste Seelord teil.

Bresh Association bemerkt hierzu, daß diese Zusammenkunft einen Schritt der italienischen Abordnung auf der Flottenkonferenz bedeute, politische Fragen aufzuwerfen, nachdem man sich vorher ausschließlich mit technischen Fragen beschäftigt habe. Unter diesen politischen Fragen befindet sich auch die Frage der Zehnemaßnahmen. Der italienische Vorschlag geht wahrscheinlich dahin, die italienische Unterzeichnung unter dem Flottenvertrag von der Zurückziehung der Zehnemaßnahmen abhängig zu machen. Die Engländer hätten den italienischen Vorschlag entschieden abgelehnt.

Die Bresh Association erzählt, daß die italienische Entscheidung, einen Flottenvertrag im Augenblick nicht zu unterzeichnen, keineswegs endgültig oder unüberdacht ist. In einigen Kreisen werde es für wahrscheinlich gehalten, daß die Italiener mit ihrer endgültigen Entscheidung auf jeden Fall so lange warten wollten, bis die Sitzung in Genf über die Desfrage stattgefunden habe.

Der Vatikan fragt an

Die Demarche des Berliner Kuriers

Die Wiener „Reichspost“ veröffentlicht eine Privatinformation aus vatikanischen Kreisen, worin es heißt, daß der Vatikan durch die päpstliche Nuntiatur in Berlin sich mit neuen Anfragen an die Berliner Regierung im Hinblick auf die jüngsten Verhaftungen katholischer Jugendführer wendet und um Bekanntheit des Materials ersucht habe. Der amtliche Bericht der Berliner Nuntiatur wird dann die Grundlage zu einer Aussprache mit den zuständigen Stellen der Reichsregierung bilden. Weiter werden vom Vatikan an die Reichsregierung Anfragen gerichtet über die amtliche Zulassung der neuen heidnischen Organisationen neben den anerkannten christlichen Religionsgemeinschaften. Da unter Umständen das weitere Verhältnis von Kirche und Staat in Deutschland von der sich ankündenden radikalen Entwicklung in Deutschland abhängig sein wird, wies man der Antwort der Reichsregierung auf diese Rückfragen besondere Bedeutung bei. Ein Termin für die Beantwortung dürfte zeitens des Vatikans nicht gestellt worden sein. Die Demarche trage vielmehr den üblichen diplomatischen Charakter einer Erhebung im Rahmen des Non-Interventions.

Ablehnung deutscher Kolonialwünsche

Kolonialindustrie für Schaffung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsraumes

Während die gesamte reichsdeutsche Presse und darüber hinaus weite Kreise der deutschen Öffentlichkeit sich kolonialen Träumen hingeben, warnt die „Deutsche Werkszeitung“, das Organ der Schwerindustrie, die offizielle Außenpolitik davon, außerhalb Europas in politische Aktionen einzutreten zu wollen. Sie bezeichnet als Ziel der deutschen Außenpolitik die Schaffung eines großen mitteleuropäischen Wirtschaftsraumes unter Führung des Reiches. Eine geschickte und zuberlässige unter der Politik, so lautet das Wort, kann uns die Stellung in Europa sichern, wie Bismarcks Politik bewies. Wir müssen Kolonialwünsche vermeiden, die außerhalb Europas liegen. Je klarer wir aus dem Machtbereich Englands auscheiden, um so wertvoller können wir in London sein und um so mehr greifbarer sind wir. Da sich die Welt in große Wirtschaftsraume aufteilt, so liegt ein mitteleuropäischer großer Wirtschaftsraum im Zuge einer Entwicklung, die heute noch ein Traum zu sein scheint.

Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft verdächtig?

Max Plancks Vortrag über die Willensfreiheit erregte Mißfallen

Reichsminister Darré hat — wie in Berlin behauptet wird — die Senatorität der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die bekanntlich bei ihrem kürzlich gefeierten Jubiläum in der KZ-Presse, besonders im Organ der ZS., lebhaft kritisiert wurde, niederkaleet. In der letzten Vortragsveranstaltung machte der ständige Präsident der berühmten Forschungsinstitute, Geheimrat Max Planck, Deutschlands und vielleicht der Welt angesehener Physiker, ziemlich deutliche Anspielungen auf die Totalitätsansprüche, die zur Zeit die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft lebhaft bedrohen. Prof. Planck sprach über Kausalität und Willensfreiheit und erörterte unter anderem das Problem des moralischen Menschen, der keinen von den Sargen gesunden Freund bei sich verbirgt und nur Rede und Antwort stehen soll, ob er den Aufsehenhalters des Freundes kenne. Wird er den Draht des Zwauses Anstand geben oder lügen, um den Freund zu schützen? Das Beispiel wurde natürlich von der außerwählenden Gesellschaft deutlich verstanden. Auch sonst kreuzte Planck „in schweren und von Unruhe erfüllten Tagen“ die Lage der weitreichenden wissenschaftlichen Einrichtung, die in der ganzen Welt um ihrer Forschungsinstitute und der dort gegebenen Möglichkeiten willen ein einzigartiges Ansehen genießt. Die bedeutenden öffentlichen Mittel, die der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zufließen, lassen sie in den Reihen ihrer Mitglieder herrschende Vermutung begründet erscheinen, wonach in nächster Zeit mit einer radikalen Eingriffnahme staatlicher Stellen zu rechnen sein wird.

Die belgische Militärverleumdung — Ablehnung in der KZ. Die belgische Militärverleumdung trat die Ausschüsse der belgischen Kammer zusammen, um die Militärverleumdung zu prüfen. Die Vorlage wurde von den Ausschüssen mit 14 gegen 21 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen abgelehnt. Die Vorlage geht jetzt an den Zentralausschuß und von dort an die Vollversammlung der Kammer. Die Abstimmung in den Ausschüssen hat keine entscheidende Bedeutung.

Der Reichsausschuß über die bereits am 21. Februar vom Reichsausschuß angenommene Vorlage, die eine Uebertragung für die Farmer vorziet, wurde am Donnerstag nunmehr auch vom Bundeskongress selbst angenommen. Die Landwirtschaftsvorlage sieht eine Farmerhilfe für Bodenverbesserung und Bodenverbesserung von 500 Millionen Dollar vor. Die Landwirtschaftsvorlage wird nunmehr dem Präsidenten der Vereinigten Staaten angeleitet.

Danziger Nachrichten

Lehrerbildung und Verfassung

Was eine Vorlesungs-Disposition der Hochschule für Lehrerbildung ausdeutet

In Danzig gibt es bekanntlich eine Hochschule für Lehrerbildung, die vom Staat, das heißt, von der Allgemeinheit bezahlt und unterhalten wird, und die den Zweck haben soll, Lehrer für diesen Staat und keine Schulen heranzubilden, damit von ihnen der Nachwuchs im Sinne des Staates und zum Dienst für das Volk erzogen werden kann.

Vor uns liegt nun ein amtlich hergestellter Lehrgangplan, die Disposition eines der Fächer der Danziger Lehrerbildungsanstalt. Sie trägt die Aufschrift: „Schulrecht - Vorlesung von Dr. S. Dezer, B. S. 3536, Hochschule für Lehrerbildung.“ Die Disposition gibt zunächst einen Abriss der Geschichte des Schulwesens, um dann zu einem Schema der kulturpolitischen Verfassungsentwicklung des 19. Jahrhunderts zu kommen.

Der preussische Soldatenstaat unterliegt allmählich der Rechtsstaatsideologie, damit wird auch die Kulturpolitik dem parlamentarischen Spiel ausgeliefert. Bei der Weimarer und Danziger Verfassung zeigt sich z. B. die Unfähigkeit des Parlamentarismus. Beispiel: Die Danziger und Weimarer „Verfassung“ bedeutet eine auf Grundbesitz beruhende politische Lebensform eines Volkes. Die Schulartikel der W. V. und D. V. zeigen jedoch, daß keine Grundentscheidung vorhanden ist. So der „dilatorische Formelkompromiß“ des Art. 148, 1 u. 2. (nachlesen), der über die Schulformen (Bekanntnisschule?) nichts ansagt. Ferner, wenn auch etwas deutlicher (simultane Grundlagel) Dd. S. Art. 104 (nachlesen). Die Einsicht, daß diese Verfassungsgesetze keine wirklichen Verfassungen sind, verdrängt sich bei Art. 148, 2. W. V. u. 107 D. V. (Schul-Änderungskriterium). Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat i. Zt. Entscheidung in Zivilsachen Bd. 129 Anhang S. 9) zur Auslegung entschieden: In Dingen der Empfindung der Ueberzeugung gibt es keine Stelle, die mit allgemeiner Wirkung feststellen könnte, welche die objektive richtige ist.

Die Verfassung des Deutschen Volkes ist der Nationalsozialismus. Sowarbeit in Uebereinstimmung mit der Verfassung kann deshalb auch in Danzig nur sein: Klar ausgedrückte Erziehungsarbeit im nat. soz. Sinne nach dem Volksgemeinschafts-Grundsatz. Einheit im Wesentlichen - Freiheit im Nebenwichtigen. Schonung Andersdenkender kann sich nicht beziehen auf ein „Andersdenken“ in der völkisch-koalitionalen Grundentscheidung, sondern allein auf religiöse Dinge (Programm der NSDAP) und auf nebensächliche Dinge. Am Wesen einer Verfassung gehört, daß sie die wichtigen staatlichen Fragen entscheidet. Das ist im deutschen Volksraum geschehen. Marxismus, Zentrum und Reaktion bermen sich in Danzig auf in sich widersprüchliches Verfassungsgesetz, das seine Funktion, politische Lebensform des Volkes zu sein, nicht erfüllt hat. Das völkische Leben muß sich deshalb eine neue Form schaffen. Beispiel: Die ungeschriebene Verfassung des Deutschen Reiches. Wissenschaftliches Ergebnis: verfassungswidrig wird im allgemeinen in Danzig herabgelassen, bei der Ueberprüfung aber innerlich zum völkischen Schulartikel der Danziger Verfassung durchzuführen will, oder sich auf sie berufen (insbes. Art. 107 - ein Artikel, der im Grunde in jedem Staat die Grundlagen der Volkseinheit und der völkischen Verfassung (Verfassung) aufweist, alle staatsrechtlich (weil individualistisch) ist. Wichtig, weil sie klar sind, sind in der Danziger Verfassung: Art. 108 (Schulrecht) Art. 106 (Religionsunterricht als ein ordentliches Lehrfach ist in Uebereinstimmung mit den Religionsgesellschaften (Kirchen) zu erteilen (Art. 106). (Privatschulen nur mit staatlicher Genehmigung). Volkliche Schulen sind im Gegensatz zur Weimarer Verfassung (106) anzuschließen. Die Auslegung muß erfolgen in Uebereinstimmung mit den Lehren der deutschen Staatsrechtler. (Völkischer Grundsatz: Volk ist Urgegebeneit staatlichen Lebens.)

Es folgt sodann ein Absatz: Aufbau der Schulverwaltung: Senat (Vollversammlung) - Schulräte als Referenten - Kreisinspektoren - Rektor (Führer) - Konferenz. Danach Schulwart und P. J. Bart. Kompetenzen und Aufgaben der einzelnen Instanzen. Elternbeiträge am 30. 2. 1934 durch Schulgemeinde (Eltern und Lehrer) erlegt. Der Schulleiter beruft im Einvernehmen mit dem Schulwart 2-5 Berater (Eltern), dazu kommt ein Jugendführer (P. J. oder B. M.). Schulleiter, Schulwart, P. J., Richter und die Beisitzer, die Jugendwähler der Schule. (Die Hervorhebung im Druck wurde durch uns vorgenommen. D. Red.) Aus dieser Disposition geht klar und deutlich hervor, in welchem Geist und nach welchen Tendenzen der Lehrenachwuchs der Freien Stadt Danzig in der Hochschule für Lehrerbildung erzogen wird. Soweit diese Disposition semiotomatische Bedeutung hat, krebt die Erziehungs- und Bildungsarbeit an der Hochschule für Lehrerbildung einem Ziel zu, das nach unserer Auffassung in einem direkten Gegensatz zu tragenden Gedanken und Grundsätzen der Danziger Verfassung, d. h. dem Grundgesetz des Staates selber steht. Ein Kommentar zu den einzelnen Leitätzen der vorher genannten Vorlesungs-Disposition ist unseres Erachtens nicht mehr notwendig. Für den Senat dürfte sich jedoch die Notwendigkeit ergeben, dem Grundgesetz des Staates, der Verfassung, Geltung zu verschaffen. Ueberaus bezeichnend ist auch die Tatsache, daß in der Disposition im „Aufbau der Schulverwaltung“ parteipolitische Faktoren in der Schule, wie der Schulwart und der P. J. Bart, ausdrücklich anerkannt werden.

Als Leiterin der Fachschaft Schammas im Gebiet der Freien Stadt Danzig ist die Bekanntheit von Frau Margarete Janda aus Langfuhr, Jüdischer Weg 5a, bekannt worden.

Weitere Belastung der Eisenbahner unmöglich

Die Gewerkschaften zu den Forderungen der polnischen Staatsbahn

Ueber die weitere Entwicklung der neuen Sparmaßnahme-Aktion bei den polnischen Staatsbahnen in Danzig können wir folgendes berichten:

Die von uns gestern gemeldete Verhandlung der Beauftragten der Gewerkschaften mit den Vertretern des Danziger Büros der polnischen Staatsbahnen ist nach ca. einstündiger Dauer verlegt worden.

In einem endgültigen, beide Teile verpflichtenden Ergebnis ist es nicht gekommen, da sich die Eisenbahnerverwaltung volle Handlungsfreiheit vorbehalten hat.

Die Vertreter des Personals hatten am Mittwoch bis in die späten Nachstunden hinein an den Vorklären des Danziger Büros Stellung genommen. Nach sehr sorgfältiger und eingehender Beratung sind die Tarifgewerkschaften zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Vorschläge des Danziger Büros für die Bahnbediensteten untragbar sind und daher abgelehnt werden müssen. Die Haltung der Gewerkschaften ist dem Herrn Vertreter des Danziger Büros durch Ueberreichung nachstehender Entschliessung zur Kenntnis gebracht worden:

„In den von dem Herrn Vertreter des Danziger Büros der P. S. P. am 26. Februar er. den Vertretern der Tarifgewerkschaften gemachten Vorschlägen betr. einer weiteren Drofflung der Ausgaben der Staatsbahndirektion auf Danziger Gebiet haben die Unterzeichneten als bevollmächtigte Beauftragte ihrer Mitglieder folgendes zu erklären:

Nach eingehender Prüfung der Einkommensverhältnisse der Lohnbediensteten muß die Belastung der Arbeiter durch Einlegung weiterer Forderungen als untragbar bezeichnet werden. Gleichfalls als untragbar muß die Beurlaubung von Lohnempfängern ohne Lohn der Abkündigung verfallen.

Die unterzeichneten Tarifgewerkschaften können im Interesse ihrer Mitglieder es nicht unterlassen, das Danziger

Büro auf die ungeheure Auswirkung der Guldenabwertung im Haushalt der Bediensteten nochmals hinzuweisen, eine Auswirkung, welche jede weitere Belastung des Arbeiterhaushalts unmöglich macht.

Die unterzeichneten Gewerkschaften richten ferner den dringenden Appell an das Danziger Büro, von jeder weiteren Personaleinsparung Abstand zu nehmen. Die Lohnempfänger der P. S. P. im Gebiet der Freien Stadt Danzig haben in den letzten vier Jahren zur Genüge bewiesen, daß sie Opfer zu tragen willig sind. Weitere Lasten zu übernehmen, übersteigt jedoch die Kraft der Lohnempfänger.

Die Vertreter der unterzeichneten Tarifgewerkschaften sprechen im Namen ihrer Mitglieder die Hoffnung aus, daß das Danziger Büro alles unternehmen wird, um die geplanten Entlassungen nicht Wirklichkeit werden zu lassen.“

Die vorstehende Entschliessung, die in deutscher und polnischer Sprache verfaßt war,

ist von fünf von den sechs am Tarifvertrag beteiligten Organisationen unterzeichnet worden.

Die fehlende sechste Personalvereinigung, die Gemeinschaft Danziger Eisenbahnbeamter und Anwärter, hatte zu der Besprechung keinen Vertreter entsandt. Sie hat aber in einem Sonder schreiben einen ähnlichen Standpunkt eingenommen.

Zu den Unterzeichnern obiger Entschliessung gehören zwei Danziger-deutsche und drei polnische Gewerkschaften.

Wie wir weiter erfahren, haben die Tarifgewerkschaften ihre Mitglieder zu Montag, dem 2. März, zu einer gemeinsamen Versammlung nach den „Danziger Feiern“ eingeladen. Hier soll den Mitgliedern ein ausführlicher Bericht über die bisherige Entwicklung der Dinge erstattet werden.

Lautwetter und Hochwasser

Die Weichsel steigt

Durch das Lautwetter, das am 23. Februar begann, sowie durch starke Regenfälle in den letzten Tagen hat sich der Wasserstand aller Flüsse in der Wojewodschaft Krakau bedeutend gehoben. Das Wasser strömt schnell ab. Es besteht dort nicht die Gefahr, daß eine Ueberschwemmung eintritt.

Nur die Weichsel ist in ihrem Oberlauf durch die starken Zuflüsse um 50 Zentimeter gestiegen, also 386 Zentimeter über Normalstand und 150 Zentimeter über den Alarmstand. Bei Krakau steigt die Weichsel um 60 Zentimeter über normal an. Obwohl ein weiteres Anwachsen des Wasserstandes erwartet wird, sind Ueberschwemmungen vorläufig nicht zu befürchten. Es besteht nur überall dort die Gefahr einer Ueberschwemmung, wo Nebenflüsse mit freiem Einzug in die Weichsel einfließen, die immer noch eine Eisbede hat. So entstanden am Einfluß der Bystra in die Weichsel Eisbarrieren. Die Feuerwehren mußten alarmiert werden, um das Eis zu entfernen.

In der Wojewodschaft Kielce ist durch Regenfälle und durch das Lautwetter der Wasserstand der Weichsel und ihrer Nebenflüsse bedeutend angestiegen. Eine Ueberschwemmungsgefahr besteht jedoch nicht. In der Stadt Kielce selbst wurden freilich die niedriger gelegenen Stadtteile überflutet.

Aus dem unteren Weichselgebiet liegen bisher noch keine Meldungen über bedeutendes Ansteigen der Weichsel vor. Ein Anwachsen des Stromes ist hier erst in den nächsten Tagen zu erwarten.

Strafverfahren eingestellt

Der sozialdemokratische Gemeindevertreter von Frankfurt der frühere Volksstagspräsident Fritz Spill wurde, nachdem er die letzte Gemeindevortretterfunktion verlassen hatte, unweit des Amtsgebäudes überfallen und bewußlos geschlagen. Er mußte bei hohem Fieber mehrere Tage das Bett hüten. Spill hatte gegen die verurteilten Täter Strafantrag gestellt. Bei der vorgenommenen Gegenüberstellung erkannten sowohl er als auch der ihn begleitende Gemeindevertreter B. als Täter einwandfrei den Angestellten der Danziger Arbeitsfront Otto Neubauer wieder. B. bestritt, der Täter zu sein. Er sei in der fraglichen Zeit gar nicht in Frankfurt gewesen.

Spill hat nunmehr von der Amtsanwaltschaft die Mitteilung erhalten, daß das Verfahren gegen Neubauer wegen Mangel an Beweiskraft eingestellt worden ist. Die Amtsanwaltschaft teilt ihm mit, daß er sich in der Person des Täters geirrt haben könnte. Sollten mehr Beweismittel gegen ihn aufgefunden werden, so würde gegen ihn Anklage erhoben werden.

Nicht betrickt!

Die Klage Rompa gegen den Senat

Unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Derbe wurde gestern in der Klage Rompa gegen Danzig folgendes verurteilt: Dem Senat wird aufgegeben, nachzuweisen, daß die Beamtenervertretung gehört worden ist. Weiter soll der Senat den Beweis dafür erbringen, daß die Voraussetzungen für die Vernehmung des Klägers in den Warteständen gemäß § 1 des Beamteneinstellungs-Gesetzes bei Vernehmung des Klägers in den Warteständen gegeben waren. Ein neuer Termin ist angesetzt auf den 30. April 1936. Aus diesem Beschluß geht hervor, daß der Einwand des Senatsvertreter, die Forderungen seien bereits „verwirrt“, vom Gericht abgelehnt worden ist. Vor einigen Tagen wurde in der Sache Domasch gegen Danzig verhandelt, dabei wurden sich die Parteien einig, daß die Prozesse Chalk und Domasch gegen Danzig bis zur Entscheidung des Prozesses Rompa ausgesetzt werden.

Uns scheint die Ansetzung des nächsten Termins am 30. April reichlich spät. Wir hoffen, daß wenigstens zu diesem Termin der Prozeß, der jetzt schon einige Monate läuft, endgültig zum Abschluß gebracht wird.

Wegen Verteilung von Flugblättern der Bekanntheit-Kräfte auf dem Grundstück der Joppoter Evangelischen Kirchengemeinde hat die dortige Kriminalpolizei eine Reihe von Hausnummern in Joppot verankert und die Verteiler - meist jugendliche Personen unter 18 Jahren - zur Sache genommen und verwahrt.

Das Stabsamt in Odra. Der Senat veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Das Stabsamt VII Danzig-Odra befindet sich mit Wirkung vom 1. März 1936 nicht mehr in Danzig-Odra, An der Odrabau 13, sondern in Danzig-Odra, Post-Bebel-Strasse Nr. 74.

Boc zwei Jahren...

Am 27. Februar 1934 berichtete der „Vorkposten“:

„Danzig erkennt sich erneut zur Stabilität seiner Währung.“

Amlich wird mitgeteilt:

In letzter Zeit werden im Zusammenhang mit den Währungsabwertungen, die in verschiedenen ausländischen Staaten vorgenommen wurden bezw. geplant werden, Gerüchte in Danzig verbreitet, daß auch eine Devalvation des Danziger Guldens zu erwarten sei. Demgegenüber erklärt die Bank von Danzig in völliger Uebereinstimmung mit der Danziger Regierung, daß eine Abwertung des Danziger Guldens nicht in Frage kommt. Die Stabilität der Danziger Währung ist nunmehr 10 Jahre hindurch trotz aller Währungs-wirren, die in dieser Zeit über die Welt hereingebrochen sind, behauptet worden; an diesem Grundsatze der Währungsstrenge wird die Bank von Danzig unbeeindruckt weiterhin festhalten. Währungsabwertung ist kein Ausweg aus der Wirtschaftskrise, sondern wäre ein unmittelbarer Schritt zur Vertrümmerung der Danziger Wirtschaft.“

Leider haben sich die Prophezeiungen der Bank von Danzig als dauerhafter erwiesen als ihre Grundätze.

Nationalsozialisten fühlten sich beleidigt

Der Ueberfall auf die „Volksstimme“-Verkäuferin auf dem Holzmarkt

Am 22. Dezember 1935 wurde die Verkäuferin der „Danziger Volksstimme“ auf dem Holzmarkt überfallen. Passanten nahmen für die Frau Partei und machten ihrer Ergeung über diesen Ueberfall in Worten Luft, durch die die Anhänger der nationalsozialistischen Bewegung sich beleidigt fühlten.

Vor dem Amtsgericht für Strafsachen stand gestern eine Verhandlung an, in der sich zwei Männer, die für die „Volksstimme“-Verkäuferin Partei ergriffen haben, wegen Beleidigung verantworten sollten. Ihr Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Weise, wies darauf hin, daß sich dieser Vorfall erst im Anschluß an den Ueberfall ereignet habe. Er war daher der Meinung, daß die Verhandlung gegen die beiden Personen, die die Verkäuferin der „Volksstimme“ überfielen, genügend Material zutage fördern würde, um nachzuweisen, daß sich keine Mandanten in einer berechtigten Erregung befinden hätten. Er hat deshalb, das Verfahren solange auszusetzen, bis die Strafsache gegen B. B., der der Haupttäter bei diesem Ueberfall war, verhandelt sei. Das Gericht folgte diesem Antrage und setzte die angelegte Verhandlung wieder ab.

Revision von Leihbüchereien

In Joppot hat am Mittwoch, 26. d. M., eine Revision von Buchhandlungen und Leihbüchereien behufs Ermittlung etwaiger auf dem Kulturkammer-Index stehender verbotener Bücher stattgefunden. Zwei sich durch einen Ausweis der Kulturkammer legitimierende Herren unterzogen gemeinschaftlich mit einer jüngeren, mit einem großen Safenkreuz abzeichen versehenen Dame die vorhandenen Buchbestände einer eingehenden Prüfung, wobei es besonders auf Werte von Thomas und Heinrich Mann sowie auf solche jüdischer Autoren abgesehen war. Auch Bestände von Büchern in polnischer Sprache in den Leihbüchereien wurden geprüft und teilweise beanstandet. Beschlagnahmte Bücher wurden von den Beauftragten der Kulturkammer gegen Anweisung gleich mitgenommen.

Lebensmüde

In Joppot hat sich die 44 Jahre alte, alleinstehende Ehefrau durch Gas vergiftet. Man fand sie, den Gasbrenner noch in dem Mund, tot in der Küche auf. Wirtschaftliche Not ist die Ursache der Verzweiflungstat.

In der Hütergasse hat ein 15jähriger Junge versucht, sich durch Gift das Leben zu nehmen. Er konnte noch lebend ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Stapellanz auf der Danziger Werft. In der zweiten Hälfte des März soll auf der Danziger Werft ein von der Festung Polka in Oblina in Auftrag gegebener Schiffsdampfer und kleiner Eisbrecher mit einer Maschinenleistung von 750 PS vom Stapel laufen. Die Länge des Schiffes beträgt annähernd 34 Meter. Der Schlepper wird auf den Namen „Tulan“ getauft werden.

Die Frauen setzen sich zur Wehr

Organisationen gegen den Krieg

In England sprach kürzlich der aus der Frontkämpfergeneration hervorgegangene Außenminister Eden das wichtigste Wort, das wir vor den gleichen Fragen ständen die 1914 tatsächlich ist die Welt, besonders Europa, wieder mit Kriegszustand überladen; ein kleiner Anstoß nur, und die Kriegsmaschine beginnt zu rasen. Aufrüstung überall, und im Endeffekt? Doch nur der Krieg, denn die Erfahrung lehrt, daß jede Aufrüstung in den Krieg mündet. Dieses Aufrüstungsfever erschreckt mit Recht Frauen aller Kreise. Sie sind nicht gewillt, dazu zu schweigen und talentlos zuzusehen. Sie richten einen Appell an die Vernunft der Menschen.

Der Völkerentscheid der Frauen

Frauen wollen durch Völkerentscheid den Beweis erbringen, daß die Menschen unter keinen Umständen Krieg wollen, daß es demgemäß Pflicht aller Regierungen ist, abzurufen anzufangen.

Die Internationale Francaigle für Frieden und Freiheit veranlaßt diesen Völkerentscheid.

Sie errichtete zwei Zentren, eines in Paris, zur Bearbeitung Europas und Afrikas, das andere für Amerika und den Westen in Washington. Von diesen Zentren aus wird die Arbeit organisiert, verteilt und die Resultate gesammelt. Ein Beweis, daß die Frauen dem Wunsche von Millionen entgegenkommen, ist die Tatsache, daß es an dem nötigen Geld für die nötige Arbeit nicht fehlt in dieser Zeit höchster Weltkrisis; es fließt in erster Linie aus den Vereinigten Staaten, England, Frankreich und Holland.

In allen Ländern bilden sich Komitees, denen patriotische, politische und wirtschaftliche Organisationen wie Einzelpersonen, Männer und Frauen aller Kreise und Weltanschauungen beitreten, die sich einzeln setzen in dem einen Gedanken: Krieges unmöglich zu machen.

70 internationale Organisationen wurden zur Mitarbeit aufgefordert.

Der den Völkern aller Länder zur Unterfertigung vorgelegte Entwurf hat folgenden Wortlaut:

Wir sind entschlossen, Kriege abzuwehren, Kriege können Streitfragen nicht lösen. Kriege bringen wirtschaftliches Elend, unnötige Leiden und Tod über uns und unsere Kinder.

Jede Regierung der Welt hat den Völkerbunds- oder den Kellogg-Briand-Pakt oder beide Pakte unterzeichnet und hat damit auf den Krieg als Mittel, internationale Streitigkeiten zu lösen, verzichtet.

Die Forderungen

Um die gegenwärtige Gefahr eines völligen Weltchaos abzuwenden, verlangen wir, daß unsere Regierungen in gemeinsamer Aktion ihren internationalen Verpflichtungen nachkommen, indem sie:

1. unverzüglich jeglicher Verhärtung von Rüstungen und bewaffneten Kräften Einhalt gebieten.
2. Die bestehenden Institutionen für die friedliche Regelung gegenwärtiger Konflikte nutzbar machen.
3. Einen Weltvertrag abschließen, der sofortige Einschränkung der Rüstungen als ersten Schritt zu völliger Weltabrüstung vorseht.
4. Internationale Verträge abschließen, die auf der Anerkennung gegenseitiger internationaler Abhängigkeit beruhen und der Wirtschaftsanarchie, die zu Kriegen führt, ein Ende machen.

Wie wir diesen Auftrag unterzeichnen, so unterzeichnen ihn Menschen in Ländern der ganzen Welt, die einzig sind in dem Entschluß, den Weltfrieden zu sichern.

In den meisten Ländern setzte die Arbeit im Januar ein; Berichte darüber, die nach Paris und Washington gingen, melden von guten Erfolgen.

Aus Holland wird geschrieben: „Wir erhielten in kurzer Zeit 15 000 Unterschriften; der Aufruf wird an 600 holländische Zeitungen zum Abdruck geschickt.“ In Schweden fanden in über 100 Städten und Dörfern Versammlungen statt. Neben am Radio für den Völkerentscheid wurden gehalten, unter anderem sprach die Gattin des Außenministers. Über 100 000 Personen beteiligten sich schon heute an der Arbeit.

In der Tschechoslowakei schlossen sich 30 Organisationen zusammen, darunter eine, die über 200 000 Mitglieder zählt. In wenigen Tagen wurden 10 000 Unterschriften gesammelt. Im April und Mai werden in der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und den Balkanstaaten große Versammlungen für den Völkerentscheid abgehalten; auch in der Schweiz beginnt man mit der Arbeit. In Frankreich erklärten sich 10 Organisationen zur Mitarbeit bereit. In Mexiko plant man für den 18. März eine gewaltige Kundgebung unter freiem Himmel. Mexiko wurde während des Weltkrieges fast völlig zerstört und seine Einwohner mußten alle qualvollen Schrecken und entsetzlichen Not des Krieges erdulden.

Im kleinen Finnland lieferten zurzeit 7000 Sitten zu je 40 Unterschriften.

In England, wo die Propaganda erst nach den Wahlen einsetzen konnte, traten z. B.: „The Womens' Co-operation Guild“ mit 74 568 Mitgliedern bei. Am 12. März findet in London eine Kundgebung statt.

Eine lebhafteste Tätigkeit wird in den Vereinigten Staaten entfaltet; aber nicht nur dort; die Bewegung erstreckt sich über ganz Latein-Amerika und weiter über den Fernen Osten, in die Länder des Pazifik, nach Japan, China usw.

Auch mit Ägypten, Persien, Indien und Australien sind Verbindungen angeknüpft. Frauen werden auch verurteilt, das Radio in den Dienst ihrer Arbeit zu stellen.

Ein wahrhaft goldenes Ding

Welche die Vorarbeiten sind die Listen des Völkerentscheides gesammelt, so beginnt die mühselige, technische Arbeit der Zusammenstellung des Resultates. Die Übersicht wird in deutscher Sprache gegeben unter dem Titel „Das Goldene Ding“. Goldent weil in ihm der Wille der Völker zur Weltabrüstung durch Vernunft zum Ausdruck kommt.

Dann werden an die Regierungen und Parlamente aller Länder, an Politiker, maßgebende Instanzen, Behörden, Gewerkschaften, Komitees usw. internationale Deputationen entsandt werden, die ihnen eindringlich zum Bewußtsein bringen sollen, daß die Völker endlich in Frieden leben, nicht länger aushalten, sondern allgemeine totale Abrüstung zu haben, Waffen und in der Zeit nachdrücklich fordern und Erledigung aller anstehenden Konflikte durch vernünftige Maßnahmen, die Ausson, Fortschritt und Wohlfahrt nicht verzögern, sondern wehren.

Eine internationale Deputation zum Völkerbund in Genf wird den Inhalt dieser Kampagne gegen Aufrüstung und Krieg bilden.

Man wird sich darüber klar sein, daß der Verwirklichung und dem Erfolge dieser wichtigen Aktion noch manche Schwierigkeiten entgegenstehen. Aber, daß sie — endlich! — unternommen werden ist, ist eine Tat, die den demokrati-



Wenn der Teint häßlich ist, vergeht die Schönheit!

Reiche Frauen mit häßlichem Teint - arme Mädchen mit entzückender Haut! Nicht Gold ist die Ursache dieses Unterschiedes, auch nicht die vor dem Spiegel verbrachte Zeit. Millionen Frauen fanden den richtigen billigen Weg zur natürlichen Schönheit, die kosmetische Behandlung mit Palmolive. Palmolive-Seife ist aus einer Mischung der Öle der Oliven- und

Palmenfrüchte hergestellt. Olivenöl zergeht bei Körpertemperatur und durchdringt die Hautporen, reizt und erweitert sie aber nicht. Massiert das Gesicht, den Hals und die Arme mit dem Schaum der Palmolive-Seife. Zum Bade benutzt ebenfalls Palmolive-Seife. Sie ist sparsam und ihre Ergebnisse stehen in keinem Verhältnis zum Preise.

Reiche Mengen dieses seltenen Olivenöls sind für jedes Stübchen Palmolive-Seife verwendet.



Die ganze Welt bewundert den „mädchenhaften Palmolive-Teint“

schon Frauenorganisationen höchste Ehre einlegt. So muß es sein: Die Frauen, Mütter und Lebensgefährten der in den Krieg geschickten Männer, erkennen die Gefahr, setzen sich zur Wehr und rütteln das Weltgewissen auf. Wenn diese Erkenntnis Allgemeingut aller oder wenigstens großer Teile der Frauen geworden ist, dann gibt es keinen Krieg.

Krieg dem Kriegsel kein unfruchtbares Schlagwort mehr, sondern eine Parole, die verwirklicht werden soll. Eine herrliche Tat!

Rindfleischschlachtungen gedroffelt

Deutsche Lebensmittelbeschwerden dauern an

Die Schwierigkeiten der deutschen Fleischversorgung, die wir schon mehrmals eingehend beleuchtet, haben jetzt zu neuen, sehr einschneidenden Maßnahmen geführt. Infolge der ungenügenden Versorgung mit Rindfleisch infolge der starken Schlachtungen 1934 und der Minderernte auf die sonstigen Viehhöfe während der Schweineknappheit 1935 müssen jetzt auf Anordnung der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft die Rindfleischschlachtungen und Fleischumstände auf monatlich höchstens 60 Prozent des Durchschnitts Oktober 1934 bis März 1935 eingeschränkt werden.

Durch diese Drosselung der Schlachtungen, die einen Ausfall von mehreren Millionen Rindern bedeutet, soll versucht werden, eine gleichmäßigere Rindfleischversorgung auf niedrigerer Basis zu erreichen. Es wird geschätzt, daß die Rind- und Kalbfleischherzeugung 1936 um nochmals 10 Prozent unter der bereits reduzierten Versorgung des Vorjahres liegen wird. Da auch die Schweinefleischschlachtungen auf 60 Prozent eingeschränkt wurden, müssen sich beide Drosselungsmaßnahmen einschneidend auf die Fleischversorgung auswirken. Man schätzt, daß bei einem Gesamtfleischbedarf von 8 1/2 Mill. Tonnen eine Lücke in der Versorgung von 15 bis 20 Prozent vorhanden ist. Von der gesamten Fleischversorgung entfallen 30 Prozent auf Rind- und Kalbfleisch. An der Versorgung mit Rindfleisch dürften 20 Prozent fehlen. Durch die Einfuhr von Vorkleisch wurde zwar versucht, diese Lücke zu verringern, doch sollen nur 2 000 Tonnen im Jahr eingeführt werden, was 25 Prozent des Rindfleischbedarfs entspricht und daher nicht ins Gewicht fällt, wenn die Vorkleischzufuhren auch aus propagandistischen Rücksichten als eine große Erleichterung für die deutsche Fleischversorgung dargestellt wurden.

Gleichzeitig werden die auf den Rindermärkten geltenden Höchstpreise durch Festpreise ersetzt. Die bisherige Regelung hatte dazu geführt, daß auch die schlechteren Qualitäten nur zum Höchstpreis verkauft wurden, so daß sich das Preisverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage in den minderen Qualitäten Preissteigerungen bis 100 Prozent ergeben haben. Durch starke Staffelung der Preise soll jetzt eine Senkung der Einkaufspreise für die Fleischer herbeigeführt werden, die notwendig ist, weil die Fleischer im Verkauf von Rindfleisch mit Verlust arbeiten. Da aber die neuen Festpreise ausschließlich für die Märkte gelten, durch die nur 20 Prozent des Verbrauchs beliefert werden, besteht die Gefahr, daß die Beschaffung der Märkte weiter zurückgehen wird. Diese neuen geldgeberischen Maßnahmen zeigen also deutlich, daß die deutschen Lebensmittelbeschwerden unvermindert weiter bestehen, wenn sie auch augenblicklich nicht in ihrem völligen Ausmaß in Erscheinung treten. Die Zukunft bleibt angesichts der Schlachtendrosselungen wenig ersichtlich. Deutschland kann sich eben, wie diese Schwierigkeiten zeigen, nicht aus eigener Scholle erhalten. Gegen diese natürliche Gegebenheit hilft weder eine Preisregulierung noch irgend welche sonstigen Maßnahmen, die lediglich agitatorischen Charakter ohne praktischen Wert für eine Erleichterung der deutschen Versorgungslage besitzen.

Erziehung zu pünktlicher Steuerzahlung

Tschechoslowakei verspricht besondere Begünstigungen

In der Tschechoslowakei scheint man recht unliebbare Erfahrungen mit den Steuerzahlern gemacht zu haben. Deshalb sucht man jetzt neue Wege, um pünktliche Steuerzahlungen zu erreichen. Soeben hat der Finanzminister Delegationen für gute Steuerzahler eingeführt. Die Steuerzahlener, die bis zum 31. Dezember 1935 die fälligen direkten Steuern sowie die Umsatz- und Einkommensteuer für 1934 und die Vorjahre beglichen haben, erhalten für jede geleistete Zahlung auf die direkten Steuern samt Zuschlägen und Nebengebühren, desgleichen auf die Umsatz- und Einkommensteuer für 1935 und 1936, ferner auf jede Zahlung auf die nachträglichen Vorschreibungen dieser Steuern für die früheren Jahre, selbst wenn sie nach dem 31. Dezember 1935 fällig geworden sind, eine Gutschrift. Diese beträgt von den in der Zeit vom 1. Januar bis Ende Februar 1936 geleisteten Zahlungen 5 Prozent, von Zahlungen zwischen dem 1. März und dem 31. April d. J. 4 Prozent und von den Zahlungen zwischen 1. Mai und Ende Juni 1936 3 Prozent der geleisteten Steuerbetrag. „Dienst am Kunden“ oder eine Steuerverwaltung, die bei Bezahlung Rabatt gewährt, das ist eine Merkmalsleistung die Beachtung verdient. Aber viel leicht läßt sich auf diese Weise sogar mehr erreichen als durch noch so rigorose Zwangsvollstreckungsmaßnahmen. Zur Nachahmung jedenfalls recht empfehlenswert.

England laut Kreuzer. Der Florentin-Korrespondent der „Kreuzzeitung“ meldet, daß das in nächster Woche erscheinende Nahrungsmittelbuch eine Verhärtung der englischen Kreuzerstreitkräfte um insgesamt 70 Schiffe vorzusehen werde.

Ergebnis von Deynhäusen

Mehrere ausgehollert - Ein neuer Reichsbruderrat

Nach fünftägigen Beratungen wurde die 4. Reichssynode der Bekennenden Kirche in Bad Deynhäusen beendet. Die Synode, die in Gegenwart von Vertretern der Synode und des Kirchenministers Merkl durchgeführt wurde, sollte ursprünglich nur zwei Tage dauern. Da sich aber unter den Anwesenden größere Meinungsverschiedenheiten zeigten, wurde sie über die vorgesehene Zeit hinaus ausgedehnt. Schließlich gelang es der radikalen Richtung unter Führung Niemöllers und Jakobis sich durchzusetzen.

Für die entscheidende Resolution stimmten 95 Prozent der Anwesenden.

Zu der kleinen Minderheit gehören vor allem die Anhänger des hannoverschen Landesbischofs Mehrrens, der sich schon vor einigen Monaten von der Bekennenden Kirche zurückgezogen und seinen Frieden mit den Kirchenaustrittigen gemacht hat. Die Reichssynode hingegen hat beschlossen, den Kirchenaustrittigen des Ministers Merkl auch weiterhin jede Anerkennung zu verweigern. Sie hat als kirchliche Gegenregierung einen Reichsbruderrat eingesetzt, dem 25 Pastoren angehören. In dem Bruderrat nimmt Niemöller eine führende Stellung ein. An der Spitze des Reichsbruderrates steht ein dreigliedriges Direktorium.

Das zu Kompromissen geneigte Direktorium, dem u. a. Mehrrens, Reichsgerichtsrat Mohr, Domburg und Oberkirchenrat Breit (Münster) angehören, ist abgetreten. Gewonnen hat weniger als 100 Synodalen anwesend, aus Bayern, wo sich eine bemerkenswerte Menge zu Kompromissen gezeigt hatte, sechs Oberkirchenräte. Der Minderheit der vorläufigen Kirchenregierung und die Ablehnung der kirchlichen Reichsbruderratsorgane liegen die ganze Ungefährlichkeit des Verhältnisses zum totalen Machanspruch des Staates klar. Die Kampfentschlossenheit gegen außen, die während der ganzen Synode zum Ausdruck kam, zeigt aber auch die Stärke der Bekennenden Kirche. Von ihren leitenden Männern wird neuerdings besonderes Gewicht auf den

unpolitischen Charakter dieses Kampfes

gelegt, und man gibt sich große Mühe, den rein kirchlichen, bekennendkirchlichen Inhalt der Auseinandersetzungen in den Vordergrund zu stellen.

Ob in der Zukunft, daß die Synode überhaupt zusammenzutreten und tagen konnte, ein Anzeichen auf eine verhältnismäßige Einstellung des Reichsbruderrats gegenüber der Bekennenden Kirche erblickt werden kann, muß die nächste Zukunft erweisen. Die Vorgänge in anderen Bezirken des Reiches und gesellschaftlichen Lebens lassen diesen Schluss als sehr optimistisch erscheinen. Die kirchliche Lage in den Bekennendkirchlichen erhebt in den nächsten Tagen und Wochen eine besondere Bedeutung durch die am Donnerstag stattfindenden Passionswochen, den Evangelischen Jugenddienst, den GutsMuths-Verein, die Evangelische Frauenhilfe, die in Berlin in der Frau des ehemaligen Reichsinnenministers im Kabinett Papen, Reichherr von Gauß, eine neue Vorhänge erhalten hat. Die Gottesdienste sind am Sonntag wie unter der Woche außerordentlich stark besucht.

Gegen ein Schächtsverbot

Kongress der Rabbiner in Polen

Am 15. März findet in Łódź (Polen) ein Kongress der Rabbiner und der orthodoxen Juden statt, der sich neben religiösen Fragen auch mit dem beantragten Verbot der rituellen Schlachtungen befassen soll. Die orthodoxen Juden hoffen, daß diese Angelegenheit bis dahin auf gelebterem Wege nicht erledigt sein wird, sie wollen daher noch einen Beschluß zum Schutz der Schächtlungen fassen. Um eine zahlreiche Beteiligung an dem Kongress zu erzielen, will man sich an die Eisenbahnbehörden mit der Bitte wenden, einen ermäßigten Fahrpreis nach Łódź zu gewähren.

Die Exekutive des Weltverbandes der polnischen Juden im Ausland hat eine Konferenz der führenden Männer aus sozialdemokratischen Kreisen nach London eingeladen, um die Frage des Verbotes der rituellen Schlachtungen in Polen zu besprechen. Der politische Sekretär der jüdischen Weltorganisation „Agudas Israel“, Goodman, stiftete dem polnischen Reichsminister in London Orłowski einen Besuch ab und teilte ihm mit, daß die streng gläubigen Juden beunruhigt seien. Durch das Verbot der Schlachtungen würden die jüdischen Massen der orthodoxen Juden materiell geschädigt werden, die immer in Freundschaft mit der polnischen Regierung mitgearbeitet haben. Herr Orłowski erwiderte, daß er diese Mitteilungen der polnischen Regierung übermitteln werde.

Eine Flüchtlingspende

Das norwegische Parlament stiftet 5000 Kronen

Nach einer Mitteilung des hohen Kommissars für die deutschen Flüchtlinge hat das norwegische Parlament 5000 Kronen zu Gunsten der Flüchtlingshilfe gestiftet. Dabei wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß diese Summe in erster Linie für nichtjüdische Flüchtlinge verwendet werden soll. Die Spende wird zwischen der kürzlich auf Veranlassung der christlichen Kirchen gestifteten Hilfskasse für die nichtjüdischen Flüchtlinge, den Organisationen der Arbeiter und dem Internationalen Gewerkschaftsbund aufgeteilt und soll zur Hilfeleistung für politische und religiöse Flüchtlinge aus Deutschland in Prag und Paris verwendet werden.

Aus aller Welt

Sport-Turnen-Spiel

Der Ausflug mit des Andren Frau

Das Reichsgericht: Den Ehemann bestraft

Das Reichsgericht hat in einer neuen Entscheidung vom 13. Februar d. J. (III D 710/35) über den „Schuß der Familie“ geurteilt.

Im vorliegenden Einzelfall hatte ein Bekannter des Hauses in Abwesenheit des Ehemannes dessen Ehefrau eingeladen, mit ihm noch ein Lokal zu besuchen. Die Ehefrau hatte, obwohl sie bereits etwas angetrunken war, die Einladung angenommen. Bistria betrunken war sie wieder nach Hause gekommen. Der Ehemann, der hinterher von der Sache erfuhr, klagte gegen die Bekannte an. Das Reichsgericht hat ihm als letzte Instanz recht gegeben.

Es laßt, es trifft allerdings zu, daß der Angeklagte wegen Verletzung der Ehefrau nicht strafbar sei, weil sie mit dem Ausflug einverstanden war. Das hindert aber nicht, in dem Verhalten des Angeklagten eine Verletzung des Ehemannes zu finden. Wer die Ehre einer Frau, sei es auch mit ihrem Einverständnis, und also insoweit straflos, antastet, verleiht zugleich die Ehre des Ehemannes. Diese Auffassung wurzelt in der deutschen Auffassung über die Familie. Der Schimpf, den ein Mitglied erleidet, trifft die Gemeinschaft. Das Reichsgericht laßt noch, es sei geplant, in dem neuen Strafgesetzbuch ausdrücklich zu bestimmen, daß eine Ehrenkränkung der Ehefrau auch den Ehemann trifft. Damit soll anerkannt werden, daß der Ehemann als Haupt der Familie unmittelbar betroffen wird, wenn ein anderer die Ehre der Frau antastet. Nach Ansicht des Reichsgerichts hätte es schon genügt, das Ansehen nur der Ehefrau gegenüber zum Ausdruck zu bringen, um eine Befundung der Mißachtung des Ehemannes festzustellen.

Wieder eine Hingerichtete

In Dortmund ist der am 1. März 1903 geborene Willi Hübsche hingerichtet worden, der am 31. Oktober 1935 vom Schwurgericht in Dortmund wegen Mordes zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden war. Hübsche hatte am 20. September 1934 den Kaufmann Franz Krahn in Dortmund bei einem Einbruch ermordet.

Forschungsexpedition nach Hinterindien

In den nächsten Tagen verläßt der bekannte Ethnologe Dr. Hugo Adoff Bernatik in Nealeitum seiner Frau Curra um sich nach Hinterindien zu begeben. Der Forscher hat in den Jahren 1931 und 1932 in Westafrika Kulturen untersucht. Am Verfolg dieser Arbeiten hat er später Indonesien, die Samoinen, Neu-Guinea und Indononesien besucht. Es etablierte sich die Falsche, daß eine Untersuchung dieser Gebiete allein zur Klärung des Ursprungs dieser Völker nicht genügt, sondern daß die Kulturströmungen von ihrem ursprünglichen Ausganspunkt aus verfolgt werden müssen.

Das Forschergespann wird zuerst den Merant-Ärchipel, der Hinterindien im Südwesten umschließt, anfliegen, um die Seluna, ein nomadisches schwebendes Volk, zu besuchen, dann nach dem Norden vorzudringen, in die sogenannte Vierländer, das Gebiet zwischen Siam, Burma, China und Indononesien, das, ebenso wie die angrenzenden Teile der in

Burma gelegenen Shanstaaten von einer Menge interessanter Völker bewohnt ist, die wissenschaftlich zum größten Teil noch nicht bearbeitet wurden. Dort soll mit den Ka, Karenn, Ka Long Luang, den chinesischen Bergvölkern der Miao und Yao, den tibetanischen Völkern Lahu, Lisu und Miba Verbindung aufgenommen werden. Die Expedition dürfte über ein Jahr dauern.

Kindesmörder zum Tode verurteilt

Der 22 Jahre alte Albert Kockl aus Wardenburg in Oldenburg, der am 8. Dezember 1935 seinen zwei Jahre alten Sohn getötet hat, indem er das Kind in die Hufe, einen Fluß in Oldenburg, warf, wurde am Donnerstagabend vom Oldenburger Schwurgericht zum Tode verurteilt.

Ein Schiff fährt über Land

Vor kurzem ist zum ersten Male in der Schweiz ein Schiffs-transport über Land vorgenommen worden. Es handelte sich um das Motorschiff „Arenenberg“ der Schweizerischen Dampfschiffgesellschaft auf Intersee und Rhein, das von Winterthur nach Konstanz zu schaffen war, um von dort auf dem Wasserwege zur endgültigen Fertigstellung in die Deutsche Werft in Reichbrunn am Bodensee überführt zu werden.

Der Transport des 34 Meter langen, 5,60 Meter breiten und 24 Tonnen schweren Schiffskörpers gestaltete sich zu einem sensationellen Ereignis, an dem die gesamte Bevölkerung aller durchfahrenen Ortschaften lebhaft Anteil nahm. Obwohl die Fahrt streckenweise durch Schneefall erschwert wurde, ging sie glatt vonstatten.

Choleraepidemie in Siam

Nach einer Reutermeldung aus Sinaapore wird Siam zur Zeit von einer schweren Choleraepidemie heimgesucht. Die Zahl derjenigen, die tödlich der Seuche erliegen, soll in die Hunderte gehen. Die Hauptstadt Bangkok ist nach diesem Bericht unter Quarantäne gestellt worden, und alle von Bangkok in Sinaapore eintreffenden Frachtschiffe werden gründlich desinfiziert. Zur Niederkämpfung der Seuche vor der heißen Jahreszeit hat die siamesische Regierung große Geldbeträge für Schutzmaßnahmen ausgemworfen. Bisher sind mehr als 1 400 000 Menschen geimpft worden.

Bewegliche Märkte. Im Elektrotechnischen Institut in Reunort ist wieder die Frage beweglicher Märkte zur Sprache gekommen, die in absehbarer Zeit Straßenbahnen und Autos ersetzen sollen. Der Ingenieur Storer hat einen Plan vorgelegt, der nicht nur technisch durchführbar erscheint, sondern zugleich auch die Frage der Verkehrssicherheit der Passanten löst. Sein Projekt sieht die Anlage von drei Märkten vor. Der erste soll dauernd mit einer sich gleichbleibenden Geschwindigkeit von 15 Meilen pro Stunde laufen. Der zweite bewegt sich mit der gleichen Geschwindigkeit, wird jedoch alle 42 Sekunden angehalten; er steht dann auf drei Sekunden still. Während dieser Zeit kann man bequem von ihm auf einen dritten Märkte, der nur ganz langsam vorwärtsläuft, „umsteigen“. Das Herüberwechseln vom ersten zum zweiten Steig ist ebenfalls einfach, weil sie ja beide mit gleicher Geschwindigkeit laufen.

Deutscher Fußballtag in Lissabon

Länderkampf Deutschland-Portugal 3:1

Die deutsche Fußballelf siegte gestern in ihrem zweiten Spiel auf der Iberischen Halbinsel gegen Portugal. Im Lichtstadion zu Lissabon, das von 30 000 Zuschauern voll südlichem Temperaments bis auf den letzten Platz gefüllt war, schlug sie die portugiesische Mannschaft mit 3:1 (1:0) Tore. Zum ersten Male wohnte einem Länderspiel auch der Präsident der portugiesischen Republik, Carmona, bei. Die deutsche Mannschaft setzte sich wie folgt zusammen: Buchlos, Münzberg, Tiesel, Jans, Goldbrunner, Kitzinger, Lehner, Hofmann, Siffing, Szepan, Simetzreiter.

Der Spielverlauf

Die ersten Minuten gehörten den Portugiesen. Die deutsche Abwehr hat schwer zu kämpfen. Blühndes Platzwechsel innerhalb des Sturmes, mal flaches, mal raumgreifendes hohes Fußball, ganz den einzelnen Situationen angepasst. Die deutsche Kombination läuft noch nicht. Der Angriff bleibt Stückwerk. Erst in der sechsten Minute zeigt der deutsche Sturm einen seiner gefährlichsten Vorstöße. Die 18. Minute bringt einen Tumult vor dem deutschen Tor. Buchlos tritt heraus, es geht drunter und drüber. Szepan findet aus vier Meter Entfernung das leere deutsche Tor nicht. Wie so oft bei den letzten Länderspielen, fällt gerade in dem Augenblick das erste Tor für Deutschland, als niemand daran denken kann. Eine alte Kombination bringt den Ball genau vor die Füße Hofmanns, der eine Bombe abgibt, die „entscheidet“.

Portugals Kampfsport wird durch dieses Tor mit angepornt. Kurz vor der Pause große Aufregung. Denia väter löst mit dem Pausenpfiff zusammen, scheidet Portugals Torhüter verlegt aus.

Nach dem Wechsel ist das Spiel noch gar nicht recht im Gange, als Kitzinger das zweite Tor erzielt. Die Portugiesen werden verunsichert, spielen gegen ihre Mannschaft. Doch haben sich die Portugiesen von dem zweiten deutschen Treffer nicht erkräftigt, als der Münzberger Lehner eine Szepan-Paule geschickt annimmt, durchdringt und mit wuchtigem Schuß das deutsche Tor auf 3:0 erhöht. Bei einem wuchtigen Pass zwischen Buchlos und Lehner ist Buchlos im deutschen Tor. Buchlos, mit einem Verband an der Hand, bringt ein. Der lange Portugieser muß wiederholt einreisen, zeit aber große Form. In der 16. Minute deckt niemand den portugiesischen Halbkreis. Buchlos, der ungeschützt zum Schuß kommt und aus 6 Meter Entfernung das Tor schießt. Das Spiel steht 3:1. Dieser Stand bleibt bis zum Schlußpfiff.

Die 5. Mannschaften Winterturniers 1940 sollen über Wahrheitlichkeit in Norwegen durchgeführt werden. Die heißen Kampfer auf die Sommerturniere 1940, Kinnland und Nanan, verlaufen nicht über accidentales Gelände. In das wahrscheinlich eine Zwischenrunde dieser Art aufgenommen werden muß.

Ernst Kraus wurde vom baltischen Unterrichtsminister zur Assistentin am Institut für Leibübungen der Universität Rostock ernannt.

Polens Vorkampf will beim nächsten Kongress des Internationalen Verbandes in Berlin den Antrag stellen, für die Vorkämpfer im Schwere- und Schwerkampf schwereere Handische einzuführen. Die Polen verhandeln sich von einer solchen Maßnahme eine Hebung des bogertischen Niveaus.

Beispiele: Der schönste Großverkauf des Jahres!

Einige Beispiele: Weiße Woche

Einige Beispiele
Viele Angebote sind einmalige Gelegenheiten

Jetzt ist die rechte Zeit für Neanschaffungen und Ergänzungen

Stoffe	B'wollwaren	Hauswäsche	Trikotagen
Wäsche-Batist viele Pastellfarben, ca. 80 cm breit . . . Meter 0.68	Bett-Lüchen ca. 80 cm breit, blau oder rot kariert, Meter 0.68	Küchen-Handtuchstoff dunkel gestreift . . . Meter 0.28	Damen-Schlüpfer Trikot in vielen Farben, Größe 4 0.68
Oxford schöne Streifen und Karos, f. Kleider u. Blusen, Meter 0.68	Bett-Lüchen ca. 130 cm breit, blau oder rot kariert, Meter 1.45	Drell-Handtuchstoff kräftige Qualität, mit farbiger Kante Meter 0.48	Unterzieh-Schlüpfer elastisch gestrickt, Pastellfarben, Gr. Be 4 0.85
Popeline gemustert, f. Oberhemden, in Streifen oder Karos, Meter 0.78	Rohmolton ca. 65/70 cm breit, blaue Ware Meter 0.58	Gerstenkorn-Handtuchstoff weiß mit farbiger Kante Meter 0.39	Unterzieh-Hemdchen m. Bandträger, fein gestrickt Größe 4 1.25
Trikoline weiß u. viele Pastellfarben, ca. 80 cm breit Meter 0.98	Mollonlaken volle Größe, weiche, blaue Ware Stück 2.60	Waffe-Handtücher abgepaßt, weiß mit farbiger Kante und Franse . . . Stück 0.48	Kinder-Hemdchen warm gefüttert, Größe 60 1.10
Crépe Palmira künstliche Seide, f. Kleider und Blusen, großes Farbsortiment Meter 1.10	Hemdenfanelle in verschiedenen farbigen Streifen . . . Meter 0.58	Gesichts-Handtücher gest. u. geb., gute Jacquard-Qualität Stück 0.68	Herrn-Hosen makofarbig, gute Trikotqualität, Größe 4 1.50
Zephir für Oberhemden, in schönen Mustern, Meter 1.25	Bettwäsche	Tischwäsche	Herrn-Hemden makofarbig, gute Verarbeitung, Größe 4 1.85
Popeline-Streifen für Schlafanzüge, gut waschbar Meter 1.65	Kissenbezug 65/80 cm, gute Gebrauchsqualität, . . . Stück 0.98	Tischtücher ca. 125x130 cm, in guter Qualität . . . Stück 2.25	Taschentücher
Meteor Rayé künstliche Seide, in weiß u. Pastellfarben Meter 2.65	Kissenbezug 65/80 cm, mit Einsatz und Säumchen garniert, Stück 1.10	Damast-Tischtücher abgepaßt, 150x170 cm Stück 3.50	Taschentücher mit farbiger Kante Stück 0.18, 0.14
Fein Marocain künstliche Seide, großes Farbsortiment, Meter 2.95	Bettbezug einpersönig, aus gutem Wäsetuch Stück 3.90	Kaffee-Deckenstoffe ca. 135 cm breit, farbige kariert Meter 1.65	Taschentücher weiß Batist mit Holleum Stück 0.20, 0.15
Meteor Fagoné künstliche Seide, für Blusen u. Kleider, Meter 2.95	Bettbezug 130x200 cm, aus kräftigem, gebildetem Linon Stück 4.95	Mittendecken 90x90 cm, Kunstdruck, aparte Muster Stück 2.35	Taschentücher Batist mit bunter Kante Stück 0.38, 0.28
Matte Crépe künstliche Seide, in weiß u. vielen Pastellfarben . . . Meter 3.25	Bettlaken ca. 135x200 cm, kräftige Lakenware Stück 2.10	K'seid. Abenddecken 145x145 cm, feine Pastellfarb., mod. Damastmuster, St. 12.75	Taschentücher Linon, weiß oder m. farbige Kante Stück 0.45, 0.28

STERNFELD

OFFENE HANDELSGESELLSCHAFT • GEGRÜNDET 1895

Bahnhofswirtschaften und Schnapsverbot

Eine Klage vor dem Verwaltungsgericht

Am 7. Januar erließ der Polizeipräsident eine Verfügung, durch die der Ausschank von Branntwein und Likören an jedem Freitag in der Zeit von 14 bis 22 Uhr verboten wurde.

Die Inhaber der Bahnhofswirtschaften im Freistaat sind übrigens der Ansicht, daß sie unter dies generelle Verbot nicht fallen. Sie haben sich zusammengeschlossen und Klagen gegen den Polizeipräsidenten auf Nichtigkeit dieser Verordnung für Bahnhofswirtschaften vor dem Verwaltungsgericht.

Im Namen der Bahnhofswirtschaften machte Rechtsanwalt Rosenbaum geltend, daß die Bahnhofswirtschaften Teile der Eisenbahnverwaltung sind, die nicht generell als Wirtschaften bezeichnet werden können.

Regierungsdirektor Müller hielt dem entgegen, daß diese Verordnung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit beitragen. Er könne deshalb in der Verordnung keine Beeinträchtigung in den Rechten der polnischen Staatsbahn sehen.

Herr Temp vor den Zoppoter Stadt-Beamten

Das alte Lied

In Zoppot fand am Mittwoch eine Betriebsversammlung der Zoppoter städtischen Betriebe (Feuerwehr, Allgem. Krankenkasse, Straßenreinigungsw.) statt.

Wenn sie aber die Leistungen des Nationalsozialismus schon nicht anerkennen wollen, sollten sie wenigstens schweigen. Statt dessen aber wird jetzt wieder geheult und verulcht, die vom Nationalsozialismus geschaffene Volksgemeinschaft und Einheit zu zerstören.

Herr Temp wiederholte dann noch die alten Behauptungen folgenden Inhalts:

„Wenn es schon zu verzeihen ist, daß uns Deutsche unsere Feinde haßen, so ist es aber nicht zu verzeihen, daß deutsche Menschen aus Dank gegen den Nationalsozialismus ihre deutschen Volksgenossen anklagen.“

Der Temp warb zum Schluß um Vertrauen für die nationalsozialistische Führung.

Das die vom Nationalsozialismus angeblich geschaffene riesige „Einheit“ betrifft, so können die Verhältnisse das keineswegs bestätigen. Was diejenige betrifft, die der Nationalsozialismus „nicht mehr losläßt“, so ist die Zahl derer, die hierfür in Frage kommen, sicherlich sehr gering.

Parteilosigkeit und Beamtenbund

Nationalsozialistische Vorträge

Der „Vorposten“ macht bekannt, daß im Rahmen einer Vortragsreihe des Danziger Beamtenbundes Professor Dr. C. A. Fischer-Königsberg am Donnerstag, dem 27. Februar, über das Thema „Die soziale Frage und ihre Überwindung durch den Nationalsozialismus“ sprechen wird.

Hausbesitzer und Luftschutzbund

In der Versammlung des H.S.-Hausbesitzervereines wurde angeführt, daß der Danziger Luftschutzbund beim Senat beantragt habe, aus Anlaß der am 1. 4. 36 wegfallenden 10 Prozent Wohnungsbaubehabgabe eine Abgabe von den Hausbesitzern für den Luftschutzbund zu erheben.

Es ist unrichtig, daß der Danziger Luftschutzbund bei dem Senat beantragt hat, aus Anlaß der am 1. 4. 36 wegfallenden 10 Prozent Wohnungsbaubehabgabe eine Abgabe von den Hausbesitzern für den Luftschutzbund zu erheben.

Richtig ist, daß der Danziger Luftschutzbund mit Schreiben vom 15. 1. 36 beim Senat angefragt hat, ob die Ermäßigung der Wohnungsbaubehabgabe zum 1. 4. 36 durchgeführt wird.

Richtig ist ferner, daß im Falle der Nichtdurchführung

der Ermäßigung der Wohnungsbaubehabgabe der Danziger Luftschutzbund in diesem Schreiben angeregt hat, wenigstens denjenigen Hausbesitzern die Wohnungsbaubehabgabe zu ermäßigen, die Ausgaben für den Luftschutzbauausbau getan haben oder tun wollen.

Richtig ist also, daß der Luftschutzbund den Hausbesitzern Ausgaben für den Luftschutzbau zumutele. Wir sind der Meinung, daß die Hausbesitzer selbst am besten wissen, was ihren Hausbesitzern dienlich ist.

Die Lebensmittelpäckchen nach Deutschland

Gültigkeit der Verordnung auf unbestimmte Zeit verlängert

Die Fortdauer der deutschen Ernährungsbeschwerden und die Unmöglichkeit, denselben in absehbarer Zeit abzuwehren, dokumentiert sich darin, daß die kurz vor Weihnachten zugelassene Verladung von Lebensmittelpäckchen mit Lebensmitteln nach Deutschland ohne Festsetzung einer Abfahrtsfrist weiter verlängert worden ist.

Durch die Dritte Verordnung über Einfuhrerleichterungen vom 9. Dezember 1935 war bekanntlich die Einfuhr von Butter, Käse, Speck, Schmalz und Eiern in Mengen bis zu je 1 Kilogramm von der Notwendigkeit der Vorlegung eines Uebernahmeseines befreit, wenn sie im Reisefernverkehr oder als Geschenkendung des Auslandes eingeführt werden.

Politische Vorträge auch in der Postverwaltung

Der Leiter der Landespostdirektion fordert zur Teilnahme auf

Am Donnerstag, dem 20. Februar, 1936 Uhr, fand im Vortragsraum des Telegraphenamtes der dritte allgemeine Vortragsabend dieses Winterhalbjahres statt.

Interessant ist noch der Nachhieb bei dieser amtlichen Einladung, der wie folgt lautet:

„zur Bekanntgabe, daß das gesamte Personal, das wiederholt aufzufordern ist, zu diesem Vortragsabend vollzählig zu erscheinen. Ich erwarte, daß die Beteiligung stärker ist als beim letzten Dienstvortrag.“

Diese Veranstaltung und ihre Tendenz liegt also ganz in der Linie der bisher von uns schon erwähnten Veranstaltungen für Staats- und Gemeindebedienstete.

Milch als Stärkeres

Fräulein F. war bei ihrem Onkel, einem Bauern, beschäftigt. Sie führte diesem, der Witwer war, den gesamten Haushalt. Es war ein Lohn von 25 Gulden monatlich vereinbart worden, jedoch hatte die Nichte nach Verlauf fast eines Jahres noch keinen Pfennig Lohn erhalten.

Die Nichte erklärte hierzu, ihr Onkel hätte keine Stärke gekauft und als Ersatz hierfür habe sie die Mähe in der Milch gespült. Es schienen nach den Ausführungen des Vertreters der Klägerin, schon heftigere Kämpfe in der Verwandtschaft getobt zu haben, die aber immer wieder zu einer gütlichen Einigung geführt haben.

Danziger und Gdingener Schiffs-Liste

Im Danziger Hafen werden erwartet: Schwed. R.-S. „Hammaran“, 22. 2. von Gdingen mit Ladung von Bekafrika, für Bergense; norw. D. „Ursa“, 22. 2. von Gdingen mit Gütern von Weimorwegen, für Bergense; finn. D. „Quator“, 27. 2. von Helsinki mit Durchfuhrgütern zur Südamerika, für Bergense; schwed. D. „Pelle“, 29. 2. täglich, für Atlantik, dt. D. „Wiborg“, 29. 2. täglich, für Lencgat.

Im Gdingener Hafen werden erwartet: D. „Sarcia“, 2. 2.; D. „Björneborg“, 2. 2.; D. „Rinn“, 2. 2.

Es liegen auf der Reede von Gdingen: D. „Monberg“, D. „Nercur“, D. „Nora“, D. „Zeniff“.

Devienfchließungen und Preisunterbietungen

Gerichte um das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat

Das Reichswirtschaftsministerium untersucht gegenwärtig die Geschäftsgebarung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats. Es heißt, daß bei der größten deutschen Montanorganisation, unlautere Preisunterbietungen vorgekommen seien.

Der Generalstreik in Syrien dauert an

Nationalisten mit den französischen Zugeständnissen unzufrieden

Die Lage in Damaskus ist nach wie vor gespannt. Trotz der Verlautbarungen des Oberkommissars Martel und der neuen Regierung geht der nun schon vierzig Tage dauernde Generalstreik weiter.

Zigeunerschlacht

Zehn Schwerverletzte

Eine regelrechte Straßenschlacht fand am Donnerstag zwischen zwei Zigeunerstämmen in Valencia statt. Männer und Frauen gingen mit Pistolen und Messern aufeinander los.

Nationalsozialistische Schulung von Polizeibeamten

Durch den Danziger Beamtenbund

Die politische Schulung durch den Danziger Beamtenbund, der bekanntlich eine öffentlich-rechtliche Körperschaft ist, und auch bei den einzelnen Behörden hat öfters schon zu Beschwerden Anlaß gegeben, da diese Schulung in erheblichem Umfang eine Propaganda für die NSDAP. bedeutet.

Es ist zu verlangen, daß mit dieser Bildung parteipolitische Propaganda durch eine öffentlich-rechtliche Körperschaft endlich Schluß gemacht wird.

Unser Wetterbericht

Wolkig, dießig, später Trübung, Temperatur schwankend

Vorhersage für Sonntag, Bewölkt und dießig, mäßig zunehmende Trübung, auffrischende Winde aus N bis Nordost, Temperatur schwankend.

Aussichten für Sonntag: Wechselnd bewölkt, Schauer, mildert.

Maximum des letzten Tages: 2,1 Grad; Minimum der letzten Nacht: -3,2 Grad.

Polizeibericht vom 28. Februar 1936. Festgenommen 20 Personen; darunter 6 wegen Diebstahls, 7 wegen Unvorsichtigkeit, 5 wegen Trunkenheit, 1 wegen Seitenübertrittung, 1 zur Festnahme aufgegeben.

Wasserstandsrichten der Stromweichsel

vom 28. Februar 1936

Table with 4 columns: Station, 27. 2., 28. 2., 27. 2., 28. 2. Rows include Thorn, Nordon, Culm, Graudenz, Kurzbrack, Krakau, Zawichost, Warschau, Błoc.

Eisbericht der Weichsel vom 28. Februar 1936

Bei Zawichost und Warzawa sowie von Błoc bis unterhalb Chelmino und von Biedel bis Schöneberg Eisstand. Auf der übrigen Weichsel in der Fahrtrinne schwaches Eis-treiben bzw. eisfrei. Eisabtrieb in See langsam.

Eisbericht des Danziger Hafengebiets vom 28. Februar 1936

Reede: eisfrei. Hafen: vereinzelt loser Eisbrei. Im wesentlichen eisfrei. Schifffahrt unbehindert.

Schiffahrtsnotiz: Der Unterwasser-Schallfender vor der hiesigen Hafeneinfahrt muß infolge Defekts für einige Zeit außer Betrieb gesetzt werden.

Verantwortlich für die Redaktion: Franz Adomat; für Inserate: Anton Pöschel, beide in Danzig. Verlag: Buchverlag und Verlagsbuchhandlung A. Hopfen, Danzig. Druck: Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung Carl Formel, Danzig.

